Herner Sparkasse

Geschäftsbericht 2015

Die Herner Sparkasse im Überblick.

	2015	2014
→ Geschäftsvolumen	1.686,3 Mio. EUR	1.682,8 Mio. EUR
→ Bilanzsumme	1.626,2 Mio. EUR	1.619,3 Mio. EUR
→ Kundeneinlagen	1.308,6 Mio. EUR	1.291,0 Mio. EUR
→ Kreditvolumen	845,8 Mio. EUR	854,7 Mio. EUR
→ Kunden-Depotvolumen	184,7 Mio. EUR	221,5 Mio. EUR
→ Bilanzgewinn	2,8 Mio. EUR	3,2 Mio. EUR
→ Mitarbeiter	412	416
→ davon Auszubildende	32	30

Inhalt

Herner Sparkasse – Geschäftsbericht 2015

Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	30
Jahresabschluss	32
Bilanz	34
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Anhang zur Bilanz	37
Die Geschäftsstellen der Sparkasse	56

Lagebericht.
Gemeinsamer Blick auf 2015 und 2016.

A. Grundlagen der Herner Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Bochum unter der Nummer A 5098 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Herne, eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stadt Herne ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Städte und Kreise. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht. Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Herner Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand eine zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie einschließlich Teilstrategien festgelegt. Die Strategien werden jährlich überprüft, bei Bedarf angepasst, mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Die Weltwirtschaft expandierte im Verlauf des Jahres 2015 auf einem moderaten Niveau. Grund hierfür war vor allem ein schwächeres Wachstum in den Schwellenländern. Eine wesentliche Rolle dürften dabei dämpfende Effekte infolge des Wachstumsrückgangs in China gespielt haben.

Die großen Industrieländer verzeichneten eine robuste Lage ihrer heimischen Konjunktur. So setzte sich die konjunkturelle Aufschwungphase in den USA und Großbritannien weiter fort. Parallel dazu hatte sich die Konjunktur auch im Euro-Raum etwas aufgehellt. Zurückzuführen ist dies auf makroökonomische Anpassungsprozesse in einem Teil der Währungsunion. Getragen wurde die wirtschaftliche Belebung von den privaten Konsumausgaben sowie durch die Exporte. Letztere profitierten von einem schwachen Außenwert des Euro als Folge von weiteren geldpolitischen Lockerungen. Von einem selbsttragenden Aufschwung ist der Euro-Raum daher noch entfernt.

Vielmehr zeigt die anhaltende Nullzinspolitik der Notenbanken, dass die Finanzkrise auch weiterhin nachwirkt. Die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum lag 2015 auf einem nach wie vor hohen Niveau. Daneben blieben die Auslastung von Produktionskapazitäten und auch der inländische Preisdruck in vielen Mitgliedsstaaten des Währungsraumes unterdurchschnittlich ausgeprägt. Auch der Abbau der Staatsverschuldung erfolgte im Euro-Raum nur schleppend.

Die deutsche Wirtschaft setzte im Jahre 2015 den Kurs einer moderaten Expansion weiter fort. Die Zuwachsrate für die reale Wirtschaftsleistung lag mit 1,7 % auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (1,6 %). Die Nachfrage der Binnenwirtschaft wie auch der private Konsum waren erneut Stützen dieser Entwicklung. Höhere Reallöhne und der Ölpreisverfall wirkten stimulierend auf die Konsumausgaben der Privathaushalte in Deutschland. Eine weiter steigende Beschäftigung sorgte 2015 dafür, dass die Arbeitslosenquote auf 6,4 % zurückging und damit das Niveau vom Anfang der 1990er-

Jahre erreichte. Erwerbslos waren im Dezember 2015 rund 1,9 Millionen Personen und damit 6.000 weniger als ein Jahr zuvor.

Trotz einer eher verhaltenen Entwicklung des Welthandels expandierten die deutschen Exporte mit einer Zuwachsrate von 6,2 % (Vorjahr: 4,0 %). Dazu beigetragen hatte auch die Abwertung des Euro. Dies stärkte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Exporteure. Weiterhin moderat hingegen fielen die Investitionstätigkeiten der deutschen Wirtschaft aus. Stagnierende Verbraucherpreise und stark gefallene Energiepreise entfalteten 2015 weiterhin preisdämpfende Effekte. So lag die Inflationsrate zum Jahresende bei 0,3 %. Im Vorjahr betrug diese 0,9 %.

Die Ruhrwirtschaft blickt auf eine robuste Konjunkturlage im Jahre 2015 zurück. Die Zufriedenheit der hiesigen Wirtschaft mit dieser Entwicklung spiegelt sich auch im IHK-Konjunkturklimaindex Ruhr wider, der mit 111 Punkten ein nahezu konstantes Niveau hielt. Auch im Geschäftsgebiet der Herner Sparkasse setzte der moderate Aufschwung in der Eurozone positive Impulse. So zog die Investitionsneigung der Herner Unternehmen deutlich an.

Weitgehend konstant hielten die Herner Unternehmen ihre Mitarbeiterzahlen. Die Lage auf dem Herner Arbeitsmarkt hatte sich im Jahre 2015 daher nur leicht im Vergleich zum Vorjahr verändert. Die Arbeitslosenquote lag zum Jahresende bei 12,6 % (Vorjahr: 12,7 %). In Nordrhein-Westfalen erreichte die Arbeitslosenquote im Dezember 2015 dagegen ein Niveau von 7,7 % (Vorjahr: 7,8 %).

Die Europäische Zentralbank hatte im Berichtsjahr ihren geldpolitischen Kurs weiter gelockert, um mittelfristig die Inflationsrate an ihren Zielwert von knapp 2,0 % heranzuführen. Zudem gab die Notenbank Anfang des Jahres ein umfangreiches Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme, EAPP) bekannt, das einem monatlichen Ankauf von Wertpapieren in einer Größenordnung von 60 Mrd. EUR auf dem offenen Markt dient. Dieses Ankaufprogramm, welches ursprünglich bis September 2016 laufen sollte, wurde im Dezember 2015 von der EZB bis März 2017 verlängert. Zudem wurde der Einlagenzins für Geschäftsbanken von -0,2 % auf -0,3 % gesenkt.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Im Geschäftsjahr 2015 waren verschiedene regulatorische und gesetzliche Anforderungen in der Sparkasse umzusetzen. Von den Anforderungen aus Basel III (CRD IV und CRR) wurden organisatorische Anpassungen, die sich überwiegend im Meldewesen niederschlugen, umgesetzt.

Die Umsetzung der ab dem Jahr 2016 geltenden EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie wurde bereits im Jahr 2015 im Rahmen einer Projektorganisation vorbereitet. Die Grundsatzentscheide stellen eine fristgerechte Erfüllung der Anforderungen sicher.

Zur Erfüllung der Regelungen der EU-Einlagensicherung trat im Juli 2015 in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Auf Ebene der EU wurde im Rahmen der europäischen Bankenabwicklung (Single Resolution Mechanism, SRM, und Single Resolution Fund, SRF) ein europäischer Abwicklungsfonds durch eine europäische Bankenabgabe gestaltet, zu dem alle Institute – und damit auch die Sparkasse – einen Beitrag zu leisten haben.

Im Rahmen des internationalen Austausches von Steuerdaten wurden die Anforderungen gemäß Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) und Automatic Exchange of Financial Account Information (AEOI) in der Sparkasse erfolgreich umgesetzt.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2015 um 6,9 Mio. EUR bzw. 0,4 % auf 1.626,2 Mio. EUR. Das aus Bilanzsumme, Eventualverbindlichkeiten und den unwiderruflichen Kreditzusagen bestehende Geschäftsvolumen wuchs um 3,5 Mio. EUR oder 0,2 % auf 1.686,3 Mio. EUR. Somit wurde das geplante Wachstum von 0,6 % im Berichtsjahr nicht erreicht.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Wachstum um 0,5 % auf 845,8 Mio. EUR unterhalb der Planung, die von ursprünglich 1,3 % Wachstum ausgegangen war. Diese Entwicklung ist durch eine deutliche Ausweitung der Auszahlungen insbesondere bei den Unternehmen sowie durch hohe – teils auch außerplanmäßige – Tilgungsvolumina begründet. Die gesamten Darlehenszusagen erhöhten sich im Jahr 2015 um 24,9 Mio. EUR auf 136,5 Mio. EUR. Die Zusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus sanken im Gesamtjahr um 5,0 % auf 58,9 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen (ohne Avale) an der Stichtagsbilanzsumme blieb mit 52,0 % konstant.

Bei Privatpersonen sanken infolge der rückläufigen Kreditnachfrage in allen Laufzeitbereichen die Forderungsbestände um 14,2 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Rückgang von 3,2 % auf 45,2 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge einer wachsenden Investitionsbereitschaft um 25,1 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen wurden hier um 40,0 % auf 90,3 Mio. EUR ausgeweitet.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 55,1 Mio. EUR auf 687,4 Mio. EUR. Hierfür war insbesondere der Anstieg der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 54,0 Mio. EUR maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden um 1,1 Mio. EUR aufgebaut. Das Wachstum der Bestände geht einher mit dem Abbau von Forderungen gegenüber Kreditinstituten.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse zum Bilanzstichtag in Höhe von 26,0 Mio. EUR entfällt fast vollständig auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr beträgt insgesamt 0,1 Mio. EUR. Dieser Wert resultiert aus einer Stammkapitalherabsetzung des SVWL infolge der Kapitalherabsetzung der dwpbank AG.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für das Jahr 2015 ein Wachstum bei den Geldanlagen (einschließlich Nettoabsatz von Wertpapieren) von 1,2 % erwartet. Innerhalb des Kundengeldvermögens wurden im Jahr 2015 die bilanzwirksamen Kundeneinlagen in erwartetem Maße ausgebaut. Insgesamt konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Eigenemissionen um 17,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf 1.308,6 Mio. EUR gesteigert werden. Dagegen ist der Saldo aus Wertpapieran- und -verkäufen von Kunden mit -3,0 Mio. EUR negativ. Per Saldo wurde damit das ursprüngliche Wachstumsziel der Geldvermögensbildung nahezu erreicht.

Der Bestand an Spareinlagen wies einen Rückgang um 16,8 Mio. EUR auf. Dies und die Minderung der Sparkassenbriefe und Inhaberschuldverschreibungen um 28,2 Mio. EUR sowie der Termineinlagen um 23,6 Mio. EUR wird durch den Zuwachs der Sichteinlagen um 86,6 Mio. EUR kompensiert.

Die Privatkunden erhöhten ihre bilanziellen Einlagenbestände um 24,5 Mio. EUR, während die Bestände der Unternehmen um 3,0 Mio. EUR wuchsen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute ermäßigten sich vorrangig durch die Reduzierung täglich fälliger Mittel bei der eigenen Girozentrale im Vergleich zum Vorjahr um 72,9 Mio. EUR auf 5,8 Mio. EUR. Der Bestand beinhaltet bei Kreditinstituten unterhaltene kurzfristige Geldanlagen und Schuldscheindarlehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ermäßigten sich zugleich um 15,1 Mio. EUR auf 144,6 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und aufgenommene Globaldarlehen der Förderbank.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft erfuhr im Jahr 2015 angesichts des erneuten Anstiegs der Aktienkurse eine spürbare Belebung. Die Wertpapierumsätze erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 52,5 Mio. EUR auf 200,2 Mio. EUR.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 449 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 17,4 Mio. EUR abgeschlossen. Die Gesamtbausparsumme erreichte damit das Vorjahresergebnis von 24,7 Mio. EUR nicht. Ebenfalls wurde der Jahreszielwert von 30,0 Mio. EUR nicht erreicht.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte im Jahr 2015 das Ergebnis des Vorjahres übertreffen. Sowohl im Lebensversicherungsbereich als auch bei den Sachversicherungen waren Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Das im Vorfeld festgelegte Erfolgsziel von 1,5 Mio. EUR wurde hingegen nicht erfüllt.

Die Anzahl der Immobilienvermittlungen konnte mit 31 Geschäften im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Jedoch wurde das durchschnittliche Volumen je vermitteltem Objekt im Gegenzug verringert. Im Ergebnis wurde das Jahrescourtageziel von 300 TEUR nicht erreicht.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt leicht unterhalb der Erwartungen.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2015 wurden planmäßige Ersatzanschaffungen mit einem Investitionsvolumen von rund 407 TEUR durchgeführt.

3.9. Personalbericht

Zum Jahresende 2015 beschäftigte die Sparkasse (ohne Vorstand) 412 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 416), davon 127 Teilzeitkräfte und 32 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, wird die Sparkasse ihre hohe Ausbildungsquote aufrechterhalten und nimmt damit ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr.

Auch im Jahr 2015 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 231 TEUR (Vorjahr 272 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2015 konsequent verfolgt. Daher wurde die Sparkasse von der Hertie-Stiftung als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet. Darüber hinaus haben verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements großen Anklang gefunden.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Nach Auskehrung des Bilanzgewinns des Jahres 2014 an den Träger betrugen die Gewinnrücklagen einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken unter Berücksichtigung der immateriellen Vermögensgegenstände (gleichzeitig Kernkapital) im Jahr 2015 138,3 Mio. EUR (Vorjahr: 129,9 Mio. EUR). Im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2015 wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 6,8 Mio. EUR auf 74,3 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 6,3 Mio. EUR zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, Marktpreis-, CVA- und operationelle Risiken), übertrifft am 31.12.2015 nach dem Stand zum Geschäftsschluss mit 27,81 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % für die Gesamtkapitalquote nach CRR und den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 12,5 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 19,63 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2015 einen Wert von 7,37 % auf. Die Sparkasse weist damit eine gute Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2015: 4,84) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,15. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 174 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bei Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,99 % (Vorjahr 1,19 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2015; es lag damit über dem Planwert von 0,93 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird hiermit ein unter dem Durchschnitt liegender Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen verschlechterte sich zwar von 59,8 % auf 64,1 %. Das Unternehmensziel für das Jahr 2015 von 65-68 % konnte damit jedoch erreicht werden. Die Eigenkapitalrentabilität (Ergebnis vor Ertragsteuern in Relation zum offen ausgewiesenen Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) betrug im Berichtsjahr 9,82 % (Vorjahr 13,96 %) und übertraf den Zielwert von 4,75 %, der sich aus einem langfristigen Kapitalmarktzins (gleitend 10 Jahre auf die Rendite von Bundeswertpapieren mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren) und einem Zuschlag von 2 Prozentpunkten ergibt. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2015 0,17 % (Vorjahr 0,20 %).

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	GuV Posten	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung %
Zinsüberschuss	1 bis 4	39,0	42,6	-3,6	-8,5
Provisionsüberschuss	5 und 6	10,5	10,3	+0,2	+1,9
Nettoergebnis des Handelsbestands		0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	8 und 20	1,4	1,1	+0,3	+27,3
Personalaufwand		-21,4	-21,0	-0,4	-1,9
Anderer Verwaltungsaufwand		-8,9	-9,4	+0,5	+5,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11, 12, 17 und 21	-4,0	-3,2	-0,8	-25,0
Ergebnisse vor Bewertung und Risikovorsorge		**16,6**	**20,4**	**-3,8**	**-18,6**
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge (einschl. Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken) sowie Neutrales Ergebnis	13 bis 16 und 18	-8,8	-10,7	+1,9	+17,8
Ergebnis vor Steuern		**7,8**	**9,7**	**-1,9**	**-19,6**
Steueraufwand	23 und 24	-5,0	-6,5	+1,5	+23,1
Jahresüberschuss		**2,8**	**3,2**	**-0,4**	**-12,5**

Der Zinsüberschuss verminderte sich um 8,5 % auf 39,0 Mio. EUR. Sowohl Zinserträge als auch Zinsaufwand reduzierten sich im Berichtsjahr deutlich. Der Rückgang fiel aufgrund des Ablaufs von Festzinspositionen auf der Aktivseite der Bilanz der Sparkasse beim Zinsertrag stärker aus. Auf Grundlage der Daten des Betriebsvergleichs sank der Zinsüberschuss um 9,8 %, während ursprünglich ein Rückgang um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr prognostiziert wurde.

Der Provisionsüberschuss lag aufgrund erfolgreicherer Vertriebsergebnisse im Verbund- und Wertpapiergeschäft (Vermögensverwaltung) sowie höherer Erlöse im Zahlungsverkehrsgeschäft um 1,9 % über dem Vorjahreswert. Die Steigerung betrug auf Basis des Betriebsvergleichs 0,2 Mio. EUR. Das geplante Wachstum konnte damit nahezu erreicht werden.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich weitgehend bedingt durch Tariflohnsteigerungen und die Bildung von Rückstellungen auf 21,4 Mio. EUR. Im Rahmen des Betriebsvergleichs wuchsen die Personalaufwendungen um 1,3 %, während der Prognosewert bei 5,1 % lag. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich auf 8,9 Mio. EUR. Nach Maßgabe des Betriebsvergleichs ermäßigte sich der Sachaufwand um 5,7 %. In der Prognose wurde von einer Steigerung um 0,4 % ausgegangen. Die prognostizierten Kostensteigerungen in den Bereichen Sachaufwand und Aufwand für Werbung wurden deutlich unterschritten.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wurden in Höhe von -8,8 Mio. EUR (Vorjahr -10,7 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Entwicklung ist geprägt von Abschreibungen im Kreditgeschäft sowie bei eigenen Wertpapieren, so dass eine angemessene Risikovorsorge ermöglicht wurde.

Insgesamt sind der Geschäftsverlauf im Jahr 2015 und die Lage der Sparkasse im Geschäftsjahr als zufriedenstellend zu beurteilen. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als günstig angesehen.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter

Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken, wurden die separaten Teilrisikostrategien aktualisiert. Hinsichtlich der operationellen Risiken kann auf die Ausführungen in der übergeordneten Risikostrategie verwiesen werden. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und es wird eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss der Sparkasse nehmen die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff „Risiko“ wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen

festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion dem Leiter der Arbeitsgruppe Controlling im Vorstandssekretariat übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion gemäß KWG eingerichtet, deren Aufgaben von Mitarbeitern der Abteilung „Vorstandssekretariat/Unternehmensplanung/-steuerung“ wahrgenommen werden. Der Abteilung „Geldwäsche, Compliance, Datenschutz, Recht“ wurden die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen sowie mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG übertragen. Der Geldwäschebeauftragte und die Datenschutzbeauftrage sind ebenso wie der Leiter der Abteilung „Vorstandssekretariat/Unternehmensplanung/-steuerung“, der auch Compliance-Beauftragter ist, unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Im Falle des Wechsels in der Besetzung der besonderen Funktionen gemäß MaRisk ist der Verwaltungsrat vom Vorstand zu informieren.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in der handelsrechtlichen Sichtweise. Hierbei werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Für die Ermittlung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken wird als Risikomaß der Value-at-Risk verwendet, wobei bei beiden Risikokategorien ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde gelegt wird. Der Planungshorizont bzw. die Haltedauer bei den Adressenrisiken beträgt ein Jahr. Bei den Marktpreisrisiken kann aufgrund der kürzeren Überwachungsintervalle und der besseren Steuerungsmöglichkeiten eine kürzere Haltedauer von 63 Handelstagen unterstellt werden. Die Ermittlung der weiteren Risiken erfolgt auf Basis von qualifizierten Schätzungen.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch.

Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen

innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden – mit Ausnahme von Spezialfonds – nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (täglich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfänglich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

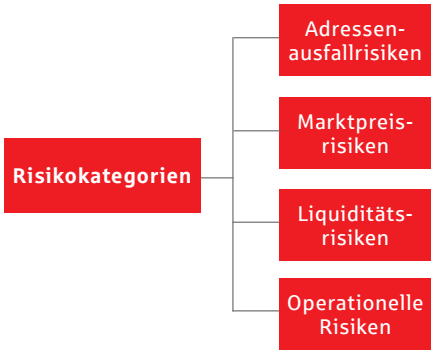
Die folgende Tabelle gibt einen Überblick auf das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

Bericht	Risikobezug	Berichtsrhythmus	Berichtsempfänger
Risikogesamtbericht	alle Risiken	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss, Verwaltungsrat*
Bericht über die Risikoinventur	alle Risiken	jährlich	Vorstand, Risikoausschuss, Verwaltungsrat*
Adressenrisikobericht	Adressenrisiko	vierteljährlich	Vorstand
Bericht Zinsänderungsrisiko	Zinsänderungsrisiko (Marktpreisrisiko)	monatlich/vierteljährlich	Vorstand
Bericht „Marktpreis-/Adressenrisiken“ der Handelsgeschäfte	Marktpreis-/ Adressenrisiko (Handelsgeschäfte)	täglich/ monatlich**	Vorstand
Liquiditätsrisikobericht	Liquiditätsrisiko	monatlich/ vierteljährlich	Vorstand
Bericht Operationelle Risiken	Operationelle Risiken	vierteljährlich	Vorstand
Beteiligungsbericht	Beteiligungsrisiko	jährlich	Vorstand

* komprimierter Bericht an Verwaltungsrat
** täglicher Kurzbericht, ausführlicher Monatsbericht

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und in den Teilstrategien beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Die Strategie enthält Angaben zur Aufbau- und Ablauforganisation, Wachstumsziele, globale Risikoobergrenzen und Vorgaben zur Begrenzung von Strukturrisiken, insbesondere von Größenkonzentrations- und Branchenrisiken. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse (nach Abzug von EWB und Vorsorgereserven)

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte 31.12.2015 *Mio. EUR*	Buchwerte 31.12.2014 *Mio. EUR*
Firmenkundenkredite	368	343
Privatkundenkredite	302	316
Weiterleitungsdarlehen	75	81
darunter für den Wohnungsbau	49	53
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	101	101
Gesamt	**846**	**841**

Zum 31.12.2015 wurden rund 48 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel[1)] an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen vergeben. Etwa 39 % entfielen auf wirtschaftlich unselbstständige Personen (Privatkunden) und etwa 13 % auf öffentliche Haushalte.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Stichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	*Betrag in TEUR*
Gesamtbetrag der Forderungen	**1.202.457**
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	**1.200.076**
EWR	**1.046**
Sonstige	**1.335**
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken/ Investmentfonds	**32.748**
Privatpersonen	**480.632**
Öffentliche Haushalte*	**149.188**
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	**532.898**
davon :	
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	3.832
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	43.188
- Verarbeitendes Gewerbe	40.517
- Baugewerbe	37.273
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	77.628
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	9.080
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	26.186
- Grundstücks- und Wohnungswesen	171.479
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	123.715
Organisationen ohne Erwerbszweck	**6.991**
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	**404.005**
1 Jahr bis 5 Jahre	**184.927**
> 5 Jahre bis unbefristet	**613.525**

Zu *) Hierbei handelt es sich um „öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die „Kommunalkredite" (laut Tabelle „Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle „Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

[1)] in Anspruch genommene Kreditlinien und Darlehen (ohne Weiterleitungsdarlehen)

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Hauptanteil der Kredite an Unternehmen und Selbstständige entfällt mit rund 32 % auf Ausleihungen an Kreditnehmer aus dem Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen", welcher durch einen überdurchschnittlich hohen Besicherungsgrad gekennzeichnet ist. Es folgt der Sektor „Dienstleistungen", auf den rund 23 % der Unternehmenskredite entfallen. Die Hauptbranche „Dienstleistungen" verzweigt sich wiederum in eine Reihe von Untersegmenten, ist also in sich diversifiziert. Die drittgrößte Hauptbranche „Handel" vereinigt noch rund 15 % der Kredite an Unternehmen und Selbstständige auf sich. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Die Größenklassenstruktur im originären Kundenkreditgeschäft zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. Rund 30 % des Gesamtkreditvolumens entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5 Mio. EUR. Rund 8 % des Gesamtkreditvolumens betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen zwischen 2,5 Mio. EUR und 5 Mio. EUR. Weitere rund 13 % des Gesamtkreditvolumens liegen zwischen 0,5 Mio. EUR und 2,5 Mio. EUR und etwa 48 % entfallen auf kleinere Engagements mit einem Volumen von weniger als 0,5 Mio. EUR. Der Anteil der Engagements, die in die oberste Größenklasse fallen, ist im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht angestiegen.

Das Länderrisiko im Kundenkreditgeschäft, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse, gemessen am Volumen der Kredite, die an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegt wurden, von untergeordneter Bedeutung.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihrer individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Zum 31.12.2015 weisen rund 65 % des gerateten Kundenkreditvolumens ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf, rund 35 % entfallen auf die Ratingnote BB+ oder schlechter.

Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren bzw. der damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten mit Hilfe des GuV-Kreditrisikomodells[2)] ermittelt. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen „erwarteten Verlust" und einen „unerwarteten Verlust" unterteilt. Der „erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der „unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mithilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden als Objekte im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2015 nicht überschritten.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das „OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hin-

[2)] auf die periodische Sicht justiertes Kreditrisikomodell

deuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2015 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht bzw. bei den Rückstellungen in geringem Umfang vor.

Die Entwicklung der Risikovorsorge kann der Tabelle entnommen werden:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand 01.01.2015	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	sonstige Veränderungen	Endbestand 31.12.2015
	TEUR	*TEUR*	*TEUR*	*TEUR*		*TEUR*
EWB	15.985	1.756	918	2.049	0	14.774
Rückstellungen	283	0	27		5	261
PWB	1.801	0	205		0	1.596
Gesamt	**18.069**	**1.756**	**1.150**	**2.049**	**5**	**16.631**

Der Bestand der Wertberichtigungen und Rückstellungen ging im vergangenen Jahr erneut zurück, da die Auflösungen und der Verbrauch bestehender Einzelwertberichtigungen den Betrag der Zuführungen überstiegen.

Nach Artikel 178 Absatz 1 CRR liegt ein Ausfall eines Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Bemerkenswerte strukturelle Risiken bzw. Konzentrationsrisiken bestehen nicht. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer bonitätsbedingten Wertminderung. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein. Alle Risiken werden mindestens jährlich analysiert und in der turnusgemäßen Risikoberichterstattung berücksichtigt. Das Beteiligungsportfolio der Sparkasse umfasst im Wesentlichen die Verbundbeteiligungen, d. h. die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL).

Die Beteiligung am SVWL ist die größte und bedeutendste Beteiligung der Sparkasse. Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2015 bestätigten die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Wertansatz. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden, und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Die Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH ebenfalls bestätigt. Der Buchwert der Beteiligung wurde bereits im Jahr 2013 auf einen Erinnerungswert von 1,00 EUR abgeschrieben. Der anteilige Haftungsbetrag für die Sparkasse beträgt 4,3 Mio. EUR für die Finanzierung des Anteilserwerbs an der Landesbank Berlin Holding AG und wird als Eventualverbindlichkeit unter dem Bilanzstrich ausgewiesen.

Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich i. W. um die vorgenannten Verbundbeteiligungen. Unter Funktionsbeteiligungen ist die Tochtergesellschaft der Sparkasse, die den Vertrieb von Versicherungsprodukten unterstützt, zu nennen.

Die Wertansätze für Beteiligungsinstrumente sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Gruppe von Beteiligungsinstrumenten	31.12.2015		
	Buchwert *TEUR*	beizulegender Zeitwert (fair value) *TEUR*	Börsenwert *TEUR*
Strategische Beteiligungen			
- börsengehandelte Positionen	---	---	---
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	---	---	---
- andere Beteiligungspositionen	25.989	25.989	---
Funktionsbeteiligungen			
- börsengehandelte Positionen	---	---	---
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	---	---	---
- andere Beteiligungspositionen	26	26	---

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Analog zum Kreditgeschäft wird mit Hilfe des GuV-Kreditrisikomodells ein Verlustpotenzial errechnet und auf das vorgenannte Limit angerechnet, welches unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten 12 Monate voraussichtlich nicht überschritten wird.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (679 Mio. EUR) zuzüglich der Schuldscheine von Kreditinstituten (4 Mio. EUR), die Wertpapierspezial-

Wertpapiere	*Betrag in TEUR*
Gesamtbetrag der Forderungen	**800.010**
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	**654.682**
EWR	**137.872**
Sonstige	**7.456**
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	**544.185**
Investmentfonds	**114.453**
Privatpersonen	**0**
Öffentliche Haushalte	**112.085**
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	**29.287**
davon :	
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	0
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	68
- Verarbeitendes Gewerbe	6.611
- Baugewerbe	0
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	0
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1.003
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	14.487
- Grundstücks- und Wohnungswesen	1.015
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	6.103
Organisationen ohne Erwerbszweck	**0**
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	**82.799**
1 Jahr bis 5 Jahre	**355.031**
> 5 Jahre bis unbefristet	**362.180**

fonds (106 Mio. EUR) sowie sonstige Investmentfonds (11 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen ausnahmslos ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich um Anteile an diversifizierten Investmentfonds sowie um andere Wertpapiere von Emittenten mit guter Bonität, d. h. um Positionen mit geringem Adressenausfallrisiko. Für die in Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuordnung zur Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten und Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von S&P und Moody's zugrunde gelegt. Dabei wird die jeweils schlechtere Ratingnote bei der Bewertung berücksichtigt. Falls einzelne Papiere über kein Rating dieser Ratingagenturen verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die in den Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Tageswerte 31.12.2015 *in %*	31.12.2014 *in %*
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	22 %	23 %
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	11 %	11 %
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	57 %	56 %
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	9 %	9 %
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0 %	0 %
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0 %	0 %
ohne Rating			1 %	1 %
			100 %	**100 %**

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Sparkassen und Landesbanken (einschließlich DekaBank), die zum Jahresende rund 500 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, die nahezu ausschließlich auf Gesellschaften der Sparkassenorganisation entfallen.

Die Verteilung der Wertpapiere der Direktanlage und aus den Spezialfonds auf die „Länderratings" zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Auslandsanlagen auf Länder mit exzellenter oder guter bis sehr guter Bonität entfallen. Bei den verbleibenden Positionen handelt es sich um Wertpapiere von Emittenten aus Ländern, die ein Rating im Investmentgradebereich aufweisen.

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Tageswerte	
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2015 *in %*	31.12.2014 *in %*
inländische Emittenten			**75 %**	**77 %**
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	7 %	4 %
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	11 %	11 %
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	0 %	0 %
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	7 %	8 %
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0 %	0 %
			100 %	**100 %**

Zum 31.12.2015 beträgt der Marktwert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der sogenannten PIIGS-Staaten insgesamt rund 41 Mio. EUR. Dies entspricht rund 5 % des Marktwertes aller Finanzanlagen. Diese verteilen sich jeweils hälftig auf spanische und italienische Staatsanleihen.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Jahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Das aus dem Wertpapier-Portfolio resultierende Länderrisiko ist aufgrund der breiten Streuung des Bestands ausländischer Wertpapiere sowie der überwiegend guten Ratingeinstufungen der jeweiligen Länder vertretbar.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen und Immobilien sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

In der Marktpreisrisikostrategie hat der Vorstand grundlegende Rahmenbedingungen für die Anlagestrategie festgelegt. Zur Begrenzung von Markt-

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2015 *Mio. EUR*	31.12.2014 *Mio. EUR*
1) Tages- und Termingelder	0	0
2) Namenspfandbriefe/Schuldscheindarlehen	4	4
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	679	623
4) Aktien	0	0
5) Wertpapier-Spezialfonds	106	106
6) Sonstige Investmentfonds	11	9
Gesamt	**800**	**742**

preisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dabei wenden wir das Verfahren der Modernen Historischen Simulation an. Die historische Simulation stützt sich jeweils auf die vergangenen 500 Handelstage. Es wird eine 63-tägige Haltedauer unterstellt. Der Value-at-Risk wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % (unerwartete Risiken) ermittelt. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarngrenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Er unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse derivative Adressenausfallrisikopositionen in Form von Swap- und Futuregeschäften ein. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben. Das Eingehen entsprechender Positionen setzt einen Entscheid des Gesamtvorstands voraus. Zu Überwachungszwecken wurden Volumenlimite eingerichtet.

Bei der Limitanrechnung orientiert sich die Sparkasse an den Regelungen der CRR. Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB. Zum Bilanzstichtag befanden sich keine derivativen Adressenausfallrisikopositionen im Bestand der Sparkasse.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle aus EMIR resultierenden Anforderungen.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktienfonds werden in einem überschaubaren Umfang sowohl im Direktbestand als auch in den Spezialfonds gehalten. Bei den Aktienfonds handelt es sich um sogenannte Indexfonds, die einen Hauptindex abbilden. Für die Bestände in der Direktanlage bestehen Volumenlimite. Die Steuerung der Spezialfonds erfolgt über dezidierte Anlagerichtlinien. Die Risiken aus Aktien und Aktienfonds werden laufend mit dem Programm SimCorp Dimension quantifiziert und auf ein Risikolimit, welches ein Teillimit des in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigten Globallimits darstellt, angerechnet.

5.3.5. Währungsrisiken

Devisentermingeschäfte und Devisenoptionsgeschäfte mit Kunden werden als Botengeschäfte

abgewickelt und sind somit unter Risikogesichtspunkten nicht von Bedeutung.

In Fremdwährungen notierte Wertpapiere befinden sich lediglich in den Spezialfonds. Diese sind im Verhältnis zum gesamten Volumen der eigenen Wertpapiere weniger bedeutend. Das mögliche Anlagevolumen in Anleihen, Aktien oder Investmentfonds, die in Fremdwährungen notieren, wird durch die Anlagerichtlinien begrenzt.

Vergebene Fremdwährungsdarlehen werden, sofern sie nicht als Botengeschäfte abgewickelt werden, in der Regel währungs- und laufzeitkongruent refinanziert. Derzeit existieren keine Bestände.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung von untergeordneter Bedeutung.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Ermittlung des Barwertes der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnungen des Value-at-Risk beruhen auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2014. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 63 Tage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Neuanlagen, Verkäufe bzw. Absicherungen (u. a. durch Swapgeschäfte).

Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsüberschussrisikos durchgeführt. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Ergebnisse der wertorientierten und der periodenorientierten Analyse des Zinsänderungsrisikos fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos wurden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2015 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. -200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes betrug, gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln, 21,9 %. Dieses haben wir der BaFin und der Deutschen Bundesbank angezeigt. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten. Vor dem Hintergrund der guten Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	42.966	23.493

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2015 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten und einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Absatz 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Eine laufende Überwachung und Beurteilung der Liquiditätslage erfolgt im Rahmen der täglichen Liquiditätsdisposition.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 und den internen Warnschwellen von 1,15 bzw. 1,5. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,74 und 5,07. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % weit übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätskostenverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse hat im Jahr 2014 ein einfaches Kostenverrechnungssystem

(BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) auf der Basis homogener Teilportfolien implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Liquiditätsrisikostrategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz bestimmt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem beobachteten Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Risikotoleranz bezieht sich für die Sparkasse aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Refinanzierungsrisikos auf das Zahlungsunfähigkeitsrisiko. Die Festlegung der Risikotoleranz erfolgt mit der Maßgabe, wann ein Liquiditätsrisiko für die Sparkasse „akzeptierbar“ oder „nicht akzeptierbar“ ist. Unter diesem Aspekt definiert sich der Liquiditätsengpass über die sogenannte Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzt. Der Schwellenwert für die Risikotoleranz (gelber Bereich) liegt bei 18 Monaten, während als Untergrenze ein Wert von 15 Monaten festgelegt wurde (Liquiditätsengpass, roter Bereich). Die Survival Period lag stets oberhalb der Schwellenwerte.

Neben den Schwellenwerten für die Survival Period hat die Sparkasse weitere Vorgaben in ein Frühwarnsystem integriert mit dem Ziel, mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig zu erkennen, um im Bedarfsfall rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGV empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 1,0 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnung zeigt ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Folglich war und ist die Risikotragfähigkeit gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2015 eingehalten. Auch bei den von der Sparkasse simulierten Stresstests war und ist die Risikotragfähigkeit gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 27,81 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Die mehrjährige Staatsschuldenkrise im Euroraum hat sich weiter merklich beruhigt. Dennoch verbleibt das Zinsniveau im Euroraum auf einem historisch niedrigen Niveau. Unter der Voraussetzung, dass es nicht zu einer erneuten Zuspitzung der Krise mit daraus resultierenden Turbulenzen an den Finanzmärkten kommt, wird sich die Expansion der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 aller Voraussicht nach fortsetzen. Insgesamt ist mit einer Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % und damit auf Vorjahresniveau zu rechnen, wobei sich der private Konsum erneut als Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erweisen wird.

Die Investitionsdynamik sollte sich im Jahr 2016 stabil entwickeln. Angesichts des weiterhin günstigen Finanzierungsumfelds werden die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich zunehmen. Regional und lokal sollte der positive Trend sich ebenfalls bestätigen, wenngleich aufgrund der schwächeren Ausgangsposition am Standort Herne eher von geringeren Wachstumsraten auszugehen ist.

Aufgrund dieser gesamtwirtschaftlichen Erwartungen rechnen wir für das Jahr 2016 mit einem Wachstum im Kreditgeschäft von 1,3 %. Das Wachstum soll sich in allen Laufzeitbereichen des Kreditgeschäfts einstellen. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Im Einlagengeschäft setzt sich die andauernde Niedrigzinsphase auch im Prognosejahr fort. Die Sparquote wird sich nach unserer Erwartung tendenziell leicht verringern. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir somit für das Jahr 2016 ein Wachstum der Kundengeldanlagen (inklusive Nettoabsatz von Wertpapieren) von 1,2 %.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir angesichts der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um ca. 0,6 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für das Jahr 2016 aufgrund intensiver Vertriebsbemühungen von im Vergleich zum Vorjahr moderat steigenden Erlösen aus.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen – neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren – hauptsächlich im weiteren Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass erneute Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Auslöser könnte beispielsweise das Wiederaufleben der Staatsschuldenkrise im Euroraum oder eine globale Rezession sein.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer sich besser als erwartet darstellenden Konjunktur. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2016 sind derzeit vorwiegend Ersatzinvestitionen geplant. Nach unseren Planungen werden die Liquiditätsanforderungen gemessen anhand der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung bzw. der Liquidity Coverage Ratio (LCR) durchgängig über den in der Risikostrategie festgelegten Mindestwerten liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird vornehmlich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin auf niedrigem Niveau befindliche Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zum Vorjahr nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Im Zusammenhang mit der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2016 zu einer fortschreitenden konjunkturellen Erholung kommen wird. Die Sparkasse rechnet dennoch damit, dass die Europäische Zentralbank im Verlauf des Jahres 2016 vorerst noch keine Zinserhöhungen vornehmen wird. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve sowie ein weiter rückläufiges Zinsniveau hätten dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund der lang anhaltenden Niedrigzinsphase erwarten wir weiter rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Insgesamt reduziert sich der Zinsüberschuss im Prognosejahr per Saldo voraussichtlich um 7,6 % im Vergleich zum Vorjahr auf Basis von Betriebsvergleichszahlen. Darüber hinaus werden die negativen Zinsen das Zinsergebnis voraussichtlich nur unwesentlich belasten.

Im Provisionsüberschuss gehen wir aufgrund gesteigerter Vertriebsaktivitäten im Rahmen der ganzheitlichen Kundenberatung und infolge von Preisanpassungen für das nächste Jahr von einem Anstieg der Erträge um 14,9 % aus. Hierbei sind die Überschüsse aus dem Vertrieb von Versicherungsprodukten nicht enthalten, da diese in der Tochtergesellschaft der Sparkasse entstehen und über die Erträge aus Gewinnabführungen im Zinsüberschuss dargestellt werden.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden trotz intensiver Maßnahmen

zur Begrenzung von Kosten nach unseren derzeitigen Prognosen im Jahr 2016 um 2,1 % wachsen.

Angesichts der erwarteten Tariflohnsteigerungen und zusätzlicher Einmaleffekte (z. B. aus der Bildung von Rückstellungen) wird sich trotz eines weiter leicht verringerten Personalbestands ein Personalmehraufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 1,0 % im Jahr 2016 ergeben. Mittels anhaltender Anstrengungen zur Reduzierung des Sachkostenaufwandes soll die Ausweitung der Kosten begrenzt werden. Im Ergebnis wird der Sachaufwand im Jahr 2016 voraussichtlich dennoch um 4,5 % steigen.

Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2016 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,86 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von rund 1,76 Mrd. EUR.

Für das Jahr 2016 ist das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft schwierig zu prognostizieren. In den Planungen für 2016 gehen wir derzeit von einem geringfügig negativen Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft aus. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung ebenfalls nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven rechnen wir im Jahr 2016 für die Sparkasse mit einem Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft, das sich an den mittelfristigen Durchschnittswerten orientiert. In der Unternehmensplanung berücksichtigen wir die erwarteten Verluste aus dem Kreditrisikomodell. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktivem Kreditrisikomanagement sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die „Erste Abwicklungsanstalt“ in den nächsten Jahren mit Beträgen zwischen 1,1 Mio. EUR und 1,5 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel-III-Regelungen, Meldewesen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Cost-Income-Ratio) aus. Für das Jahr 2016 erwarten wir derzeit für die Cost-Income-Ratio ein Verhältnis zwischen 67,0 % und 70,0 %.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Bericht des Verwaltungsrates.

Bericht des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2015

Der Verwaltungsrat hat sich in fünf Sitzungen mit der geschäftlichen Lage, der Zahlungsbereitschaft sowie der Rentabilität und Zinspolitik der Sparkasse, grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik, mit Personalangelegenheiten und sonstigen wichtigen Geschäftsvorfällen befasst und damit die ihm übertragenen Aufgaben in vollem Umfang wahrgenommen. Über die Entwicklung des Budgets wurde der Verwaltungsrat vom Vorstand regelmäßig unterrichtet.

Von der Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Westfalen-Lippe erhielten Jahresabschluss und Lagebericht 2015 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe d) des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen stellt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss fest und billigt den Lagebericht des Vorstandes.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit.

Herne, 19. Mai 2016

Herner Sparkasse

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Dr. Frank Dudda

Jahresabschluss.
Gemeinsam Erreichtes.

Jahresabschluss

der	Herner Sparkasse
zum	31.12.2015
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Arnsberg

→ **Bilanz**

→ **Gewinn- und Verlustrechnung**

→ **Anhang**

→ **Bestätigungsvermerk**

Aktivseite

31.12.2014

			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve						
a) Kassenbestand				13.663.155,88		14.098
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				30.057.629,32		8.503
					43.720.785,20	22.602
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				-,--		-
b) Wechsel				-,--		-
					-,--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				1.690.311,30		74.240
b) andere Forderungen				4.145.757,10		4.432
					5.836.068,40	78.672
4. Forderungen an Kunden					845.786.952,81	841.297
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert	341.465.057,06	EUR				(349.920)
Kommunalkredite	100.776.427,07	EUR				(100.913)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			-,--			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--	EUR				(-)
ab) von anderen Emittenten			-,--			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--	EUR				(-)
				-,--		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			111.669.691,08			101.958
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	111.669.691,08	EUR				(101.958)
bb) von anderen Emittenten			457.949.700,60			412.805
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	451.056.656,41	EUR				(406.819)
				569.619.391,68		514.763
c) eigene Schuldverschreibungen				818.190,20		1.660
Nennbetrag	786.000,00	EUR				(1.570)
					570.437.581,88	516.424
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					116.974.654,42	115.883
6a. Handelsbestand					-,--	-
7. Beteiligungen					25.989.460,32	26.101
darunter:						
an Kreditinstituten	-,--	EUR				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,--	EUR				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					25.564,59	26
darunter:						
an Kreditinstituten	-,--	EUR				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,--	EUR				(-)
9. Treuhandvermögen					4.788,73	6
darunter:						
Treuhandkredite	4.788,73	EUR				(6)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					-,--	-
11. Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				-,--		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				67.402,00		57
c) Geschäfts- oder Firmenwert				-,--		-
d) geleistete Anzahlungen				-,--		-
					67.402,00	57
12. Sachanlagen					13.442.309,09	15.403
13. Sonstige Vermögensgegenstände					3.517.322,88	2.314
14. Rechnungsabgrenzungsposten					351.523,22	486
Summe der Aktiva					**1.626.154.413,54**	**1.619.271**

Passivseite

			EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1.	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**					
	a) täglich fällig			1.906.752,13		5
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			142.667.534,14		159.673
					144.574.286,27	159.679
2.	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**					
	a) Spareinlagen					
	aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
	von drei Monaten		418.122.577,81			435.530
	ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
	von mehr als drei Monaten		16.770.281,07			16.197
				434.892.858,88		451.728
	b) andere Verbindlichkeiten					
	ba) täglich fällig		798.343.670,07			711.668
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		73.152.256,66			118.719
				871.495.926,73		830.386
					1.306.388.785,61	1.282.114
3.	**Verbriefte Verbindlichkeiten**					
	a) begebene Schuldverschreibungen			2.241.002,39		8.842
	b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			-,--		-
	darunter:					
	Geldmarktpapiere	-,-- EUR				(-)
	eigene Akzepte und					
	Solawechsel im Umlauf	-,-- EUR				(-)
					2.241.002,39	8.842
3a.	**Handelsbestand**				-,--	-
4.	**Treuhandverbindlichkeiten**				4.788,73	6
	darunter: Treuhandkredite	4.788,73 EUR				(6)
5.	**Sonstige Verbindlichkeiten**				842.187,25	3.190
6.	**Rechnungsabgrenzungsposten**				391.603,32	448
7.	**Rückstellungen**					
	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			10.727.719,00		9.788
	b) Steuerrückstellungen			214.574,00		266
	c) andere Rückstellungen			7.789.837,36		8.303
					18.732.130,36	18.358
8.	**Sonderposten mit Rücklageanteil**				-,--	-
9.	**Nachrangige Verbindlichkeiten**				-,--	-
10.	**Genussrechtskapital**				-,--	-
	darunter:					
	vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-- EUR				(-)
11.	**Fonds für allgemeine Bankrisiken**				74.250.000,00	67.500
	darunter:					
	Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	366.269,57 EUR				(366)
12.	**Eigenkapital**					
	a) gezeichnetes Kapital			-,--		-
	b) Kapitalrücklage			-,--		-
	c) Gewinnrücklagen					
	ca) Sicherheitsrücklage		70.846.526,60			70.847
	cb) andere Rücklagen		5.126.678,95			5.127
				75.973.205,55		75.973
	d) Bilanzgewinn			2.756.424,06		3.161
					78.729.629,61	79.135
Summe der Passiva					**1.626.154.413,54**	**1.619.271**
1.	**Eventualverbindlichkeiten**					
	a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,--		-
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			14.992.269,31		13.407
	c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,--		-
					14.992.269,31	13.407
2.	**Andere Verpflichtungen**					
	a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,--		-
	b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,--		-
	c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			45.132.128,52		50.139
					45.132.128,52	50.139

		EUR	EUR	EUR	01.01. - 31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		31.202.924,49			35.859
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		11.713.283,54			14.593
			42.916.208,03		50.452
2. Zinsaufwendungen			9.074.630,42		13.004
				33.841.577,61	37.448
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			3.522.243,82		3.603
b) Beteiligungen			760.404,47		724
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-,--		-
				4.282.648,29	4.327
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				891.799,80	865
5. Provisionserträge			11.055.842,60		10.926
6. Provisionsaufwendungen			601.602,45		628
				10.454.240,15	10.298
7. Nettoaufwand des Handelsbestands				4.863,23	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				1.403.804,84	1.104
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				-,--	-
				50.869.207,46	54.042
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		16.108.498,56			15.823
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		5.316.865,40			5.161
darunter: für Altersversorgung	2.250.854,91 EUR				(2.143)
			21.425.363,96		20.985
b) andere Verwaltungsaufwendungen			8.887.248,13		9.399
				30.312.612,09	30.384
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				2.200.191,37	1.824
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				1.779.370,14	1.376
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.067.558,92		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,--		857
				2.067.558,92	857
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,--		2.057
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,--		-
				-,--	2.057
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-,--	-
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				6.750.000,00	9.497
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				**7.759.474,94**	**9.760**
20. Außerordentliche Erträge			-,--		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-,--		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-,--	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			4.895.262,77		6.457
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			107.788,11		142
				5.003.050,88	6.599
25. Jahresüberschuss				2.756.424,06	**3.161**
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-,--	-
				2.756.424,06	**3.161**
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der Sicherheitsrücklage			-,--		-
b) aus anderen Rücklagen			-,--		-
				-,--	-
				2.756.424,06	**3.161**
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die Sicherheitsrücklage			-,--		-
b) in andere Rücklagen			-,--		-
				-,--	-
29. Bilanzgewinn				**2.756.424,06**	**3.161**

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

1. Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und gegebenenfalls auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen und Schuldscheindarlehen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

2. Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Die Märkte für nicht unwesentliche Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Es handelt sich hierbei überwiegend um Emissionen der öffentlichen Hand bzw. der Sparkassen-Finanzgruppe. Diese Papiere werden zum Teil nur für wenige Anleger aufgelegt bzw. regelmäßig bis zur Endfälligkeit gehalten, so dass nur geringe Umsätze in den Wertpapieren stattfinden. In diesen Fällen haben wir – sofern keine entsprechenden Informationen über vergleichbare Finanzinstrumente vorlagen – ein Bewertungsmodell verwendet.

Der beizulegende Wert wurde auf der Grundlage eines Discounted-Cashflow-Verfahrens (DCF-Modell) ermittelt. Die aus den verzinslichen Wertpapieren erwarteten Cashflows werden mit einem laufzeit- und risikoadäquaten Zinssatz auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Die durch das DCF-Modell ermittelten

Werte wichen nicht nennenswert von den in unserem System eingestellten indikativen Kursen ab. Daher haben wir für die Bewertung die indikativen Kurse der verzinslichen Wertpapiere herangezogen.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis bzw. den Börsenpreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. "Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

3. Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands wurden gemäß unserer internen Steuerung verrechnet, so dass in dem GuV-Posten 7 abschließend ein Aufwand in Höhe von TEUR 5 auszuweisen war.

4. Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert, soweit die strukturierten Finanzinstrumente aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstruments keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen Risiken bzw. Chancen im Verhältnis zum Basisinstrument aufweisen. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Finanzinstrumente für die Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

5. Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

6. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung "Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten Immaterielle Anlagewerte ausgewiesen.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Soweit steuerrechtlich höhere degressive Abschreibungssätze zugelassen sind, werden diese angewandt.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

8. Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit haben wir den Abzinsungszeitraum anhand von Expertenschätzungen bestimmt.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig.

Daher wurde abweichend zum Vorjahr der Berechnung der Pensionsrückstellungen nicht der Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 30.09.2015 sondern vom Jahresende 2015 zugrunde gelegt. Aus dieser Bewertungsänderung ergibt sich insgesamt eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen um TEUR 182.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu 4 Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz. Darüber hinaus besteht aufgrund einer Betriebsvereinbarung für einen bestimmten Personenkreis die Möglichkeit zur Inanspruchnahme einer Altersteilzeitregelung. Bei der Bewertung der Rückstellung für aufgrund des Wahlrechtes der Arbeitnehmer voraussichtlich in der Zukunft abzuschließende Altersteilzeitvereinbarungen wurde vom Grad der wahrscheinlichen Inanspruchnahme ausgegangen. Die voraussichtlich zu leistenden Beträge wurden vorsichtig geschätzt.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden für Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im ordentlichen Aufwand und für alle übrigen Rückstellungen im Zinsergebnis ausgewiesen.

9. Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen sowohl einer periodenorientierten als auch einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag.

Die Berechnungen zum 31.12.2015 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

10. Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt.

Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 1.732 bzw. TEUR 1.690.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

1. Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main und Erfurt, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

Bilanzposten	31.12.2015 *TEUR*	31.12.2014 *TEUR*
Aktiva 3 Forderungen an Kreditinstitute	2.690	65.523
Passiva 1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.902	---

2. Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Papieren wie folgt aufzuteilen:

Bilanzposten	insgesamt *TEUR*	börsennotiert *TEUR*	nicht börsennotiert *TEUR*
Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	570.438	569.619	819
Aktiva 6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	116.975	10.539	106.436

3. Anteile an Sondervermögen

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB):

Investmentfonds (in TEUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttungen in 2015	tägliche Rückgabe möglich	unterlassene Abschreibungen
A-DAIR-FONDS	56.072	65.065	-8.993	1.841	Ja	---
LBBW AM-Haranni	50.364	53.678	-3.314	1.309	Ja	---

Die Anteile an Investmentvermögen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Zweck der Anlage in Investmentfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Die Investmentfonds investieren überwiegend in Renten.

4. Anteilsbesitz

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden die Anteile an folgendem Unternehmen, an dem die Sparkasse mit mindestens 20 % beteiligt ist, ausgewiesen. Gegenüber dem verbundenen Unternehmen besteht aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags die Verpflichtung zur Verlustübernahme.

Bilanzposten		
Aktiva 8 Anteile an verbundenen Unternehmen	**Firma und Sitz der Gesellschaft**	Versicherungsdienst der Herner Sparkasse GmbH Finanz- und Versicherungsvermittlung, Herne
	Eigenkapital *TEUR*	26
	Beteiligungsquote *%*	100
	Ergebnis 2015 *TEUR*	892

Ein Konzernabschluss wurde nicht erstellt, da das Tochterunternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist.

5. Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 (in TEUR)

Anlageart	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2015	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2015	Buchwert 31.12.2014
Finanzanlagen							
a) Beteiligungen	37.338	---	112	---	11.237	25.989	26.101
b) Anteile an verbundenen Unternehmen	26	---	---	---	---	26	26
Immaterielle Anlagewerte	450	50	57	(32)	376	67	57
Sachanlagen	46.595	237	1.546	(2.169)	31.844	13.442	15.403

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 9.068 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden und mit TEUR 2.732 auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

6. Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

7. Sonstige Vermögensgegenstände

In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende nicht unwesentliche Einzelposten enthalten:

	TEUR
Gewinnausschüttung Versicherungsdienst der Herner Sparkasse GmbH	892
Erstattungsanspruch an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe (VBL)	621
Provisionsansprüche an Verbundpartner	547
Steuererstattungsansprüche	802

8. Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

Bilanzposten	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Aktiva 14		
Disagio aus Verbindlichkeiten	2	6
Passiva 6		
Disagio aus Forderungen	309	423
Agio aus Verbindlichkeiten	---	1

9. Nachrangige Vermögensgegenstände

Der Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute enthält, wie im Vorjahr, nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 3.145.

10. Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Beteiligte der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe (VBL).

Die VBL ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie steht unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Aufgabe der VBL ist es, Arbeitnehmern der bei ihr beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu zahlen. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der VBL erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Der Deckungsabschnitt beträgt fünf Jahre. Der nächste Deckungsabschnitt umfasst die Jahre 2016 bis 2022. Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der folgenden sechs Monate zu erfüllen. Der Hebesatz beträgt 7,86 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Davon werden 1,41 % durch die Arbeitnehmer getragen. Die an die VBL von der Sparkasse geleisteten Zahlungen betrugen im Jahr 2015 TEUR 1.100. Die Erhebung des individuell festgelegten Sanierungsgeldes (§ 65 der Satzung der VBL) wurde zunächst eingestellt. Für die Jahre 2013 bis 2015 hat die VBL die Sanierungsgelder im Jahr 2015 zurückgezahlt, da diese nicht benötigt wurden.

Wenn ein Mitglied die VBL verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der VBL verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2015 hätte die Ausgleichszahlung nach grober Schätzung der VBL EUR 57,68 Mio. betragen. Die Ausgleichszahlung wurde auf Basis der Richttafeln VBL 2010 G berechnet. Als Rechnungszins wurde der für garantierte Leistungen im Zeitpunkt des unterstellten Ausscheidens aufsichtsrechtlich festgelegte Höchstzinssatz zur Berechnung der Deckungsrückstellung gemäß § 23 Abs. 2 Satz 2 VBLS zugrunde gelegt. Dieser beträgt derzeit 1,25 %.

11. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten entfallen überwiegend auf noch abzuführende Steuern.

12. Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Bilanzposten	TEUR
Passiva 1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	142.151

13. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
Bilanzposten	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Aktivposten Forderungen an Kunden	---	---	1.250	---
Passivposten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	778	750	451	393

14. Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2016 fällig
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	146	1.000	3.000	---	---	---
4. Forderungen an Kunden	20.928	58.594	292.375	388.586	85.304	---
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	---	---	---	---	---	80.875
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.128	5.786	86.409	48.345	---	---
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.204	12.088	3.051	427	---	---
b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20.543	16.615	34.294	1.700	---	---
3. Verbriefte Verbindlichkeiten a) begebene Schuldverschreibungen	---	---	---	---	---	1.066
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten	---	---	---	---	---	---

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Zinserträge bzw. Zinsaufwendungen

In den Posten Zinsertrag sowie Zinsaufwand sind TEUR 1 bzw. TEUR 116 enthalten, die auf die Ab- bzw. Aufzinsung der Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr zurückzuführen sind. Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, für Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen und für Beihilfen in Höhe von TEUR 473 werden abweichend zum Vorjahr im Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen.

Daneben enthalten die Zinserträge TEUR 807, die aus der vorzeitigen Rückzahlung von Darlehen (Vorfälligkeitsentgelt) oder dem nachträglichen Eingang zuvor asservierter Zinsen stammen.

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 in Höhe von EUR 12,62 ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 in Höhe von EUR 5.502,59 ausgewiesen.

2. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Abweichend zum Vorjahr werden Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, für Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen und für Beihilfen in Höhe von TEUR 473 in den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen gezeigt.

3. Provisionserträge

Etwa 13,7 % der Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien, Investmentzertifikate).

D. Sonstige Angaben

1. Latente Steuern

Durch die unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätze einzelner Vermögensgegenstände und Schulden kommt es zu aktiven sowie passiven Steuerlatenzen. Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
Aktive latente Steuern	
Festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven gem. § 340f HGB/§ 26a KWG a. F.
Beteiligungen	Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen	Steuerlich nicht oder nur in geringerer Höhe gebildete Rückstellungen
Passive latente Steuern	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(Kumulierte) negative Aktiengewinne aus Spezialfonds

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 16,80 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 32,63 % aus.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, auf eine in Teilen andere Bildung von Rückstellungen, auf die steuerliche Nichtabzugsfähigkeit von Abschreibungen auf Beteiligungen sowie auf eine von der Handelsbilanz abweichende Wertpapierbewertung zurückzuführen.

2. Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

   Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

   Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 30,3 Mio. im Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2015 EUR 1,3 Mio. dotiert (Gesamtbetrag zum 31.12.2015: EUR 6,3 Mio.). Nach Ablauf von 7 Jahren findet im Jahr 2016 unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanz-

stichtag 1,41 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Am 15.12.2015 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine zum Bilanzstichtag noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband in Höhe von EUR 150,0 Mio. zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung bei der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) beschlossen. Die Stammkapitalerhöhung erfolgte zum 19.02.2016. Auf die Sparkasse entfällt ein Anteil von EUR 2,1 Mio. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

3. Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	169
andere Bestätigungsleistungen	16
Gesamtbetrag	**185**

4. Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

4.1. Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Von dieser Möglichkeit wurde wie in der Vergangenheit auch im Jahr 2015 kein Gebrauch gemacht. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

	Vorstandsbezüge 2015		
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage *TEUR*	Sonstige Vergütung *TEUR*	Gesamtvergütung *TEUR*
Mulski, Hans-Jürgen Vorsitzender	322	11	333
Blanquez, Antonio Vorstandsmitglied	292	12	304
Summe	614	23	637

Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

4.2. Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Sowohl der Anspruch von Herrn Mulski als auch der von Herrn Blanquez beträgt dann 55 % der festen Bezüge.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Mulski und Herr Blanquez Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen mit ihrem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Mulski beträgt derzeit 55 % und der von Herrn Blanquez derzeit 40 % der festen Bezüge. Anspruch auf Zahlung einer Abfindung besteht nicht.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

	Im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung zugeführt *TEUR*	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2015 *TEUR*
Mulski, Hans-Jürgen Vorsitzender	438	3.263
Blanquez, Antonio Vorstandsmitglied	286	2.348
Summe	724	5.611

Von den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind insgesamt TEUR 484 auf Verminderung des der Bewertung zugrunde liegenden Abzinsungssatzes gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung zurückzuführen.

4.3. Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 413 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2015 TEUR 5.663.

4.4. Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von EUR 150,00 je Sitzung gezahlt. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für ihre Tätigkeit einen Pauschalbetrag von EUR 1.550,00 p. a. sowie deren Stellvertreter EUR 775,00 p. a. Bei unterjährigem Wechsel erfolgt eine zeitanteilige Vergütung. In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	EUR	Name	EUR
Banski, Henryk	95,55	Lukas, Manuela	0,00
Bleck, Volker	1.020,55	Meisolle, Bianca	2.150,00
Dowe, Markus	925,00	Müller, Elisabeth	775,00
Dudda, Dr. Frank	3.200,00	Neumann-van Doesburg, Peter	775,00
Eckey, Björn	2.300,00	Oehler, Andrea	2.000,00
Ellermann, Andreas	775,00	Reinke, Thomas	775,00
Gentilini, Roberto	925,00	Rickert, Sven	1.075,00
Heinzel, Wolfgang	2.300,00	Rudolph, Thorsten	775,00
Hildenbrand, Anke	829,45	Schiereck, Horst	2.258,90
Judel, Manfred	775,00	Schlüter, Markus	3.200,00
Klee, Dr. Hans Werner	1.075,00	Sobieski, Udo	2.900,00
Klemczak, Birgit	245,55	Spengler, Thomas	95,55
Klonki, Ulrich	870,55	Szelag, Bettina	2.900,00
Klopp, Michael	925,00	Taubenheim, Dennis	2.300,00
Klute, Jürgen	2.150,00	Thielemann, Jörg	2.600,00
Kranemann, Heinrich	775,00	Thunig, Jochen	2.300,00
Leichner, Erich	2.300,00		
		Insgesamt:	**48.366,10**

5. Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2015 keine Kredite und Mitgliedern des Verwaltungsrats Kredite in Höhe von TEUR 992 gewährt.

6. Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Mitarbeiter	2015	2014
Vollzeitkräfte	250	258
Teilzeit- und Ultimokräfte	119	114
	369	**372**
Auszubildende	27	25
Insgesamt	**396**	**397**

7. Verwaltungsrat

Verwaltungsrat bis zum 17.11.2015

Vorsitzender	Stv. Vorsitzende	Mitglieder	
Horst Schiereck Hauptamtlicher Oberbürgermeister	1. Dr. Frank Dudda Geschäftsführer, Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten (IFK)	Björn Eckey Sparkassenangestellter	Andrea Oehler Wirtschafts- und Steuerfachangestellte
		Wolfgang Heinzel Selbstständiger Rechtsanwalt	Udo Sobieski Disponent, Entsorgung Herne
	2. Markus Schlüter Angestellter, Stadtverwaltung Gelsenkirchen	Jürgen Klute Theologe, Sozialpfarrer	Bettina Szelag Referentin, Knappschaft
		Erich Leichner Sozialreferent, Ev. Kirche von Westfalen	Dennis Taubenheim Sparkassenangestellter
		Manuela Lukas Hausfrau	Jörg Thielemann Sparkassenangestellter
		Bianca Meisolle Sparkassenangestellte	Jochen Thunig Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Volker Bleck Wirtschaftsinformatiker	Anke Hildenbrand Juristin	Heinrich Kranemann Prüfgruppenleiter, Bundesversicherungsamt	Sven Rickert Kundenbetreuer Onlinehandel
Markus Dowe Selbstständiger Fachinformatiker	Manfred Judel Sparkassenangestellter	Elisabeth Müller Sparkassenangestellte	Thorsten Rudolph Sparkassenangestellter
Andreas Ellermann Sparkassenangestellter	Ulrich Klonki Systemanalytiker	Peter Neumann-van Doesburg Gemeindepfarrer, Ev. Kirche von Westfalen	
Roberto Gentilini Krankenpfleger	Michael Klopp Sparkassenangestellter	Thomas Reinke Lehrer	

Stellvertretendes Mitglied gem. § 11 Abs. 3 SpkG NW

Dr. Hans Werner Klee
Stadtkämmerer / Stadtdirektor,
Vertreter des Oberbürgermeisters

Verwaltungsrat ab dem 17.11.2015 sowie unterjährige Besetzungen

Vorsitzender	Stv. Vorsitzende	Mitglieder	
Dr. Frank Dudda Hauptamtlicher Oberbürgermeister	1. Udo Sobieski Disponent, Entsorgung Herne	Volker Bleck Wirtschaftsinformatiker	Bianca Meisolle Sparkassenangestellte
		Björn Eckey Sparkassenangestellter	Andrea Oehler Wirtschafts- und Steuerfachangestellte
	2. Markus Schlüter Angestellter, Stadtverwaltung Gelsenkirchen	Andreas Ellermann (ab 03.05.2016) Sparkassenangestellter	Bettina Szelag Referentin, Knappschaft
		Wolfgang Heinzel Selbstständiger Rechtsanwalt	Dennis Taubenheim Sparkassenangestellter
		Ulrich Klonki Systemanalytiker	Jörg Thielemann (bis 03.05.2016) Sparkassenangestellter
		Jürgen Klute Theologe, Sozialpfarrer	Jochen Thunig Sparkassenangestellter
		Erich Leichner Sozialreferent, Ev. Kirche von Westfalen	

Stellvertretende Mitglieder

Henryk Banski Berufsberater i. R.	Roberto Gentilini Krankenpfleger	Birgit Klemczak Hausfrau	Peter Neumann-van Doesburg Gemeindepfarrer, Ev. Kirche von Westfalen
Veronika Buszewski (ab 01.01.2016) Lehrerin	Klaus Hünewinkel (ab 03.05.2016) Sparkassenangestellter	Michael Klopp Sparkassenangestellter	Thomas Reinke Lehrer
Markus Dowe (bis 31.12.2015) Selbstständiger Fachinformatiker	Manfred Judel Sparkassenangestellter	Heinrich Kranemann Prüfgruppenleiter, Bundesversicherungsamt	Sven Rickert Kundenbetreuer Onlinehandel
Andreas Ellermann (bis 03.05.2016) Sparkassenangestellter	Thomas Kaminski (ab 03.05.2016) Sparkassenangestellter	Elisabeth Müller (bis 03.05.2016) Sparkassenangestellte	Thorsten Rudolph Sparkassenangestellter
			Thomas Spengler Elektrofacharbeiter i. R.

Stellvertretendes Mitglied gem. § 11 Abs. 3 SpkG NW

Dr. Hans Werner Klee
Stadtkämmerer / Stadtdirektor, Vertreter des Oberbürgermeisters

8. Vorstand

Vorstand	
Vorsitzender	Mitglied
Hans-Jürgen Mulski	Antonio Blanquez

Herne, 06.05.2016

Herner Sparkasse

Der Vorstand

Mulski

Blanquez

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2015 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Herner Sparkasse hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Herner Sparkasse besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Herner Sparkasse definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 TEUR 50.869.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger zum Jahresende in Vollzeitäquivalenten beträgt 308.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 7.759.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag von TEUR 4.895 sowie der Sonstigen Steuern von TEUR 108 ergibt sich ein Nettogewinn von TEUR 2.756. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Herner Sparkasse hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Herner Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 09.05.2016

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Prüfungsstelle -

Tuschhoff

Wirtschaftsprüferin

Geschäftsstelle	Anschrift	Telefon | Fax	Geldautomaten
1 Hauptstelle	Berliner Platz 1 | 44623 Herne Postfach 10 18 69 | 44621 Herne	02323/590-0 | Fax: -235 E-Mail: info@herner-sparkasse.de	■
Vermögensmanagement-Center Herne	Berliner Platz 1 | 44623 Herne	02323/590-369 | Fax: -367 E-Mail: vmc-herne@herner-sparkasse.de	
Firmenkundenberatung	Berliner Platz 1 | 44623 Herne	02323/590-616 | Fax: -371 E-Mail: firmenkunden@herner-sparkasse.de	
ImmobilienCenter	Berliner Platz 9 | 44623 Herne	02323/590-315 | Fax: -432 E-Mail: immobilien@herner-sparkasse.de	
2 Niederlassung Wanne	Hauptstraße 224 | 44649 Herne	02323/590-740 | Fax: -755	■
3 Sodingen	Mont-Cenis-Straße 267a | 44627 Herne	02323/590-203 | Fax: -513	■
Vermögensmanagement-Center Sodingen	Mont-Cenis-Straße 267a | 44627 Herne	02323/590-408 | Fax: -407 E-Mail: vmc-sodingen@herner-sparkasse.de	
4 Horsthausen	Horsthauser Straße 205 | 44628 Herne	02323/590-204 | Fax: -514	■
5 Holthausen	Castroper Straße 270 | 44627 Herne	02323/590-205 | Fax: -515	■
6 Bahnhof	Bahnhofsplatz 12 | 44629 Herne	02323/590-206 | Fax: -516	■
7 Herne-Süd	Hölkeskampring 43 | 44625 Herne	02323/590-207 | Fax: -517	■
8 Elpes Hof	Langforthstraße 17 | 44628 Herne	02323/590-209 | Fax: -519	■
9 Baukau	Germanenstraße 77 | 44629 Herne	02323/590-200 | Fax: -510	
10 City	Bahnhofstraße 56 | 44623 Herne	02323/590-201 | Fax: -511	■
11 Eickel	Eickeler Markt 3a/b | 44651 Herne	02323/590-763 | Fax: -703	■
Vermögensmanagement-Center Wanne-Eickel	Eickeler Markt 3a/b | 44651 Herne	02323/590-709 | Fax: -734 E-Mail: vmc-wanne-eickel@herner-sparkasse.de	
12 Röhlinghausen	Edmund-Weber-Straße 201 | 44651 Herne	02323/590-764 | Fax: -704	■
13 Holsterhausen	Bielefelder Straße 123 | 44625 Herne	02323/590-765 | Fax: -705	■
14 Wanne-Nord	Hauptstraße 345 | 44649 Herne	02323/590-766 | Fax: -706	■
Selbstbedienungs-Geschäftsstellen			
15 Bickern	Bickernstraße 70 | 44649 Herne		■
16 Constantin	Mülhauser Straße 2 | 44627 Herne		■
Geldautomaten außerhalb der Geschäftsstellen			
City Center	Bahnhofstraße 7 | 44623 Herne		■
Decathlon	Holsterhauser Straße 200 | 44625 Herne		■

Herner Sparkasse.
Für die Menschen. Für die Region.

Impressum

Herausgeber
Herner Sparkasse, Berliner Platz 1, 44623 Herne

Redaktion
Dirk Plötzke, Jörg Velling (Herner Sparkasse)

Gestaltung
mandt&mandt – büro für werbung und design, Mettmann

Druck
Blömeke Druck SRS GmbH, Herne

Herner Sparkasse

Berliner Platz 1
44623 Herne

Telefon: 0 23 23 - 590 - 0
Telefax: 0 23 23 - 590 - 235
E-Mail: info@herner-sparkasse.de

www.herner-sparkasse.de